



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview der Reichsbanner-Zeitung mit Gerhard Schröder



Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD

Nach allen Meinungsumfragen der letzten Zeit wünschen sich die Wähler zwar eine Ablösung der jetzigen CDU/FDP Koalition unter Kohl, sie haben aber große und ernsthafte Bedenken gegen eine Beteiligung der Grünen an einer SPD-Regierung; das gilt vor allem für die Wähler aus der Mitte des politischen Spektrums. Wie wollen Sie diesen Wählern gegenüber die aus einer möglichen rot-grünen Koalition resultierenden nicht unberechtigten Sorgen eliminieren?

Die SPD führt keinen Koalitionswahlkampf. Wir wollen stärkste Fraktion werden. Nach den Wahlen entscheiden wir, mit wem wir verhandeln und welche Koalition wir bilden. Ausschlaggebend wird die Übereinstimmung in der Sache sein. Auf jeden Fall wird es unter der Führung der SPD eine stabile Regierung geben. Unzumutbares - wie z.B. die Erhöhung des Benzinpreises auf 5.- DM kommt für uns nicht in Frage.

Falls das Wahlergebnis nur eine verschwindend kleine Mehrheit für Rot-Grün ergäbe, würden Sie dennoch eine solche risikobeladene Koalition, unter anderem

auch mit den Risiken von einigen wegbleibenden Stimmen aus den eigenen Reihen, eingehen, oder würden Sie dann eine andere kompaktere Mehrheit vorziehen, selbst, wenn es deshalb Unwillen in der SPD geben sollte?

siehe Antwort zur 1. Frage

Alle Parteien versprechen in ihren Wahlprogrammen Anstrengungen zu unternehmen, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Das tut auch die SPD. Könnten Sie kurz aber konkret skizzieren, wie und mit welchen Methoden Sie und die SPD die Arbeitslosigkeit gravierend reduzieren wollen?

Für die Innovationen, die jetzt nötig sind, müssen alle Kräfte in der Gesellschaft mobilisiert und gebündelt werden: für mehr Arbeitsplätze und mehr Gerechtigkeit. Deshalb wird der Kern aller zukünftigen Anstrengungen für einen Beschäftigungsaufschwung ein neues „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ sein. Dazu werde ich sofort nach der Regierungsbildung die großen gesellschaftlichen Gruppen ins Kanzleramt einladen. Unser Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen und für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Dazu werden alle Beteiligten ihren Beitrag zu leisten haben.

Für eine SPD-geführte Regierung wird dies heißen, Rahmenbedingungen zu schaffen für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze. Dazu gehören: eine umfassende Steuerreform, Stärkung von Bildung, Forschung und Wissenschaft und der Abbau überflüssiger Bürokratie. Wir machen eine Steuerreform ohne unhaltbare Steuer-senkungsversprechen. Wir werden für eine spürbare Verbesserung der Kaufkraft der Arbeitnehmer und Familien und einer Stärkung der Investitionskraft vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen sorgen. Konkret: Unsere Steuerreform bringt einer normalen Familie eine Entlastung von 2.500 Mark im Jahr. Mit einem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden wir 100.000 junge Arbeitslose so schnell wie möglich in Ausbildung und Beruf bringen.

Wir wollen vor allem Arbeit, nicht Arbeitslosigkeit finanzieren. Der Erfolg bei der Bekämpfung von Ar-

beitslosigkeit wird Gradmesser unserer Regierungspolitik sein.

Es gibt bei einem nicht geringen Teil der Branchen unserer Wirtschaft erhebliche Gewinne, die vor allem durch Arbeitskräfteabbau und Zurückhaltung der Arbeitnehmer bei Lohnforderungen entstanden sind. Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier mehr „Verteilungsgerechtigkeiten“ ohne Wettbewerbsbelastungen für die Unternehmen zu bewirken?

Mit der neoliberalen Politik á la Henkel, Stihl und Co., also einer Politik alleine auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, muß endlich Schluß sein. Wir sagen: Kürzere Arbeitszeit und intelligente Organisation der Arbeit sind der Schlüssel - auch zu mehr „Verteilungsgerechtigkeiten“ ohne Wettbewerbsbelastungen für die Unternehmen. Eine innovative Wirtschaft braucht eine intelligente Organisation der Arbeit und flexibel ausgestaltete, nach Betriebsgrößen und Branchen differenzierte Arbeitszeiten. Vor allem braucht sie jedoch flexiblere denkende Unternehmer; ein reines Wettrennen um Kostensenkung kann Deutschland nicht gewinnen. Wir fordern daher die Unternehmer auf, die vorhandenen tarifvertraglichen Flexibilisierungsmöglichkeiten umfassend zu nutzen. Bei kürzeren und flexiblen Arbeitszeiten können teure Maschinen und Anlagen länger laufen, ohne daß Menschen länger arbeiten müssen. Im Rahmen solcher flexibleren Arbeitszeiten sind dann auch Vereinbarungen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglich, die mehr Zeitsouveränität verwirklichen. Und vor allem: Flexiblere und kürzere Arbeitszeiten sind eine Maßnahme, eine Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Das heißt: Wir brauchen mehr Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen, Überstunden sind soweit wie möglich abzubauen. Wo immer das möglich ist, soll Personalabbau durch bes. näftigungssichernde Arbeitszeitmodelle vermieden werden.

An den Börsen wurden in letzter Zeit Milliardengewinne erzielt. Von der Logik her gibt es damit auf der anderen Seite große Verluste und Schulden. Halten Sie es für denkbar, daß eine gute Politik hier gewisse Regulierungen einsetzen kann, um Auswüchse zu verhindern und vor allem die volkswirtschaftlich bedenklichen Devisenspekulationen einzudämmen?

Die SPD beabsichtigt keine Initiativen zur Einführung einer Devisenspekulationssteuer.

Unser Sozialsystem stammt in seinen Grundzügen aus der Bismarckzeit und ist in erster Linie an die Betriebe gekoppelt. Haben Sie sich und kompetente Kreise der SPD schon Gedanken darüber gemacht, daß bei der eklatanten Strukturveränderung der produzierenden Wirtschaft aber auch im Bereich der Dienstleistung Reformen unseres Sozialsystems unabänderlich sind, und hat die SPD nach ihrer Meinung die Kraft und den Mut, solche Reformen zu bewirken?

Ja. Denn im Interesse unseres Landes und unserer parla-

mentarischen Demokratie muß es - bei aller notwendigen Kontroverse in der Sache - anständig und fair zugehen. Der politische Konkurrent darf nicht diffamiert und verunglimpft werden. Auch im Wahlkampf gilt, daß wir einen Politikstil brauchen, der das Klima im Land nicht vergiftet.

Über die Sache darf und muß natürlich gestritten werden, denn niemand hat von vorne herein die Wahrheit auf seiner Seite. Es geht in der Auseinandersetzung um die besseren Konzepte, die Interessen des Landes müssen im Vordergrund stehen. Und es geht natürlich um die zentrale personale Entscheidung.

Eine Geisel der Bevölkerung ist die um sich greifende Kriminalität. Einen nicht unwesentlichen Begünstigungsanteil daran haben die ineffizienten Strafrechtsänderungen in den 70er Jahren und die aus der 68er Bewegung stammende total falsche Grundeinstellung gegenüber der Kriminalität.

Kann man von einer „Schröder-Regierung“ eine gravierend neue effiziente Kriminalitätsbekämpfung erwarten, oder wird auch von ihr nur mit kosmetischen Dosierungen auf die Kriminalitätsherausforderung reagiert werden?

Repression und kriminalpolizeiliche Prävention sind das eine, effiziente Kriminalitätsbekämpfung, die an deren Ursachen ansetzen, das andere. Das sind die zentralen Prinzipien sozialdemokratischer Politik der Inneren Sicherheit. Die zunehmende Zahl immer jüngerer Täter zeigt die Richtigkeit einer solchen Prioritätensetzung. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Jugendkriminalität fängt damit an, jungen Menschen eine Perspektive in unserer Gesellschaft zu geben und nicht erst bei Straffälligkeit aktiv zu werden.

Kriminalität muß mit geeigneten und sachgerechten Mitteln bekämpft werden. Dazu gehört, entschlossen, rechtsstaatlich und konsequent dort einzugreifen, wo gegen Gesetze verstoßen und so friedliches Zusammenleben gestört wird. Deshalb brauchen wir eine moderne, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei. Ihre Präsenz auf Straßen und Plätzen wird auch in Zukunft genauso entscheidend sein wie eine verbesserte EU-weite Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Strafverfolgung. Neue Formen zur effektiven und schärferen Bekämpfung der organisierten Kriminalität - Stichwort: illegale Geldwäsche - müssen diesen Maßnahmenkatalog ergänzen.

Der Staat muß sich außerdem mehr als bisher auch um die Opfer von Straftaten kümmern. Die Gerichte sollten der Wiedergutmachung von Schäden und Verbrechensfolgen mehr Aufmerksamkeit schenken.

Die deutsche Sozialdemokratie ist die älteste politische Kraft in Deutschland. Neben nicht wegzuleugnenden Fehlern hat die SPD Großartiges für Freiheit, für Demokratie und für unser Vaterland geleistet. In den letzten Jahren hat es die SPD nicht verstanden, diese Leistungen der Bevölkerung publik zu machen.

Würde eine von Ihnen geführte Regierung bemüht sein, die von Demokraten, vor allem aber von deutschen

Sozialdemokraten erbrachten Leistungen für Freiheit und Demokratie an Hand von Ereignissen und Persönlichkeiten als nationales Element des Geschichtsbewußtseins der Bevölkerung endlich gebührend herzustellen?

Sie sagen es: Die deutsche Sozialdemokratie hat Entscheidendes für Demokratie und Freiheit geleistet. Das ist Allgemeingut, und ich denke die Namen Willy Brandt und Kurt Schumacher stehen hier repräsentativ für alle anderen verdienten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen! Also wir leben in vollem Bewußtsein dieser Tradition - und wir werden dies auch in Zukunft tun.

Die derzeitige Koalition hat die ehemaligen politischen Häftlinge der kommunistischen Diktatur nach 1990 überaus schlecht behandelt.

Werden Sie und die SPD sich dafür einsetzen, daß die derzeitigen miserablen Gesetze für die ehemaligen politischen Häftlinge entsprechend geändert werden und der Einsatz gegen die kommunistische Diktatur endlich so gewürdigt wird, wie es diese Demokraten verdient haben?

In der Frage der Rehabilitierung und Entschädigung für die Verfolgten in der SBZ- oder DDR-Zeit hat sich auch nach der Novellierung keine wirkliche Verbesserung ergeben.

Mindestens bis zur nächsten Bundestagswahl bleibt die völlig unbefriedigende Situation in zentralen Punkten

Leserbrief

von Johannes Lindemann

Uneingeschränkt tritt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - heute wie seit seiner Gründung vor 75 Jahren - für Freiheit, Parlamentarische Demokratie, den Rechtsstaat und für die Menschenrechte ein.

Die Weimarer Republik war von Beginn ihrer Gründung (1919) an den Angriffen von Rechtsextremisten, nationalistischen Monarchisten, Nazis und Kommunisten ausgesetzt. Demokratische Politiker wurden ermordet, und die Kommunisten führten blutige Aufstände gegen die junge parlamentarische freiheitliche Demokratie. Die Kapp-Putschisten marschierten am 13. März 1920 mit der kaiserlichen Reichskriegsflagge in das Berliner Regierungsviertel ein und erklärten die freigewählte demokratische Regierung als abgesetzt. Im November 1923 putschte Hitler in München. Unter den Putschisten war der spätere SS-Reichsführer Heinrich Himmler mit der Reichskriegsflagge. Mit der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 1924 in Magdeburg sollte ein Bollwerk gegen den antidemokratischen Extremismus von rechts und links geschaffen werden. „Das Reichsbanner war Hüter der Reichsverfassung und hatte als überparteiliche und unabhängige Schutzorganisation den Schutz der demokratischen Parteien übernommen“.

Nazis, Deutschnationale und Kommunisten zerstörten gemeinsam die Weimarer Demokratie!

bei der Rehabilitierung und Entschädigung bestehen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrfach Vorstöße zur Verbesserung dieser Situation gemacht. Die SPD hat gefordert, die Fristen im bundesausbildungsförderungsgesetz und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz an die entsprechende Frist im Rehabilitierungsgesetz anzugleichen. Im Dezember 1997 wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, der Vorschläge zu den Lücken und Mängeln im Kernbereich der beiden SED-Unrechtbereinigungsgesetze enthält. Dies sind insbesondere die Anhebung der Kapitalentschädigung im strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz auf einheitliche DM 600,00 pro Haftmonat, die Verbesserung der Vererbbarkeit der Kapitalentschädigung, eine verbesserte Anerkennung gesundheitlicher Haftschäden in Anlehnung an die entsprechende Regelung der BEG sowie die volle Einbeziehung aller aus Gebieten östlich von Oder und Neiße verschleppten Deutschen in das Häftlingengesetz. Es ist bedauerlich, daß die beabsichtigte Kooperation mit den anderen Bundestagsparteien nicht zustande kam. Wir hoffen, daß die Wahlentscheidung am 27. September uns die Möglichkeit gibt, im nächsten Deutschen Bundestag entsprechende Verbesserungen vorzunehmen.

Anmerkung: Die Fragen wurden vor der Bundestagswahl schriftlich an den Kanzlerkandidaten der SPD gestellt. Die Antworten erhielten wir leider erst nach Redaktionsschluß unserer letzten Ausgabe.

Hans Bonkas

Rechtsextremisten, Skinheads, Alt- und Neonazis schüren Haß gegen Ausländer, Juden und Asylbewerber. Seit Jahren ziehen sie durch die Städte und brüllen Nazi-Haßparolen. Die Reichskriegsflagge dient ihnen als Symbol ihrer Zusammengehörigkeit. Auch wissend, daß unter dieser Flagge in den Jahren 1919 bis 1933 von Rechtsextremisten die Demokratie in Deutschland bekämpft und durch die Nazis beseitigt wurde. Aktive Neonazis, glatzköpfige Skinheads in Springerstiefeln, bewaffnet mit Baseballschlägern, schlagen auf Menschen ein. Sie legen Brände, schänden jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten. Fast jede Woche wird gezündelt. Sie werfen Molotow-Cocktails in Asylbewerberheime, um sie in Brand zu stecken.

Altnazis waren die politischen Brandstifter von 1925 bis 1945. Seit zirka 10 Jahren setzen die Neonazis das fort, was Altnazis 1925 begonnen hatten!

1933 wurden Bücher verbrannt! 1938 brannten Synagogen! 1942 bis 1945 wurden Juden vergast und verbrannt! 1944 bis 1945 brannte es in ganz Deutschland! Seit mehr als 10 Jahren wurden Ausländer in Deutschland verbrannt! Seit 3 Jahren werden Kirchen mit Hakenkreuzen und SS-Runenzeichen besprüht und angezündet! Aber auch die Brandanschläge in Mölln und Solingen mit mehreren toten Kindern und Erwachsenen sind noch frisch in Erinnerung und dürfen nicht in Vergessenheit geraten!

75 Jahre Reichsbanner

Zur Erinnerung an die Gründung des Reichsbanners vor 75 Jahren führen wir am 24.2.1999 im Landtag von Sachsen-Anhalt und mit Unterstützung des Landtagspräsidenten und in Zusammenarbeit mit der Historikerin Dr. Beatrix Herlemann eine Ausstellung durch, die am 24.2.1999 unter Beteiligung von prominenten Gästen eröffnet wird.

Durch das unermüdliche Wirken der gebürtigen Magdeburgerin Dr. Herlemann ist es gelungen, wertvolle Ausstellungsstücke aus der Zeit von unserer Gründung bis zum Verbot durch die Nazis im Sommer 1933 zusammenzutragen. Durch die geschichtlich sehr wertvollen Ausstellungsstücke kann man ersehen, welchen heldenhaften Kampf unser Reichsbanner im Einsatz für den Erhalt der Freiheit, für Gerechtigkeit und Demokratie geführt hat. Nicht wenige unserer Kameraden haben dafür ihr Leben verloren. Es wurde zum Schluß leider ein aussichtsloser Kampf, da sich Nazis und Kommunisten zusammenschlossen, um die parlamentarische Demokratie zu vernichten und die Unterstützung der Deutschen Nationalen und des Stahlhelms fanden. Dabei muß auch daran erinnert werden, welche unrühmliche Rolle damals die Steigbügelhalter Hitlers, die Schreibtischtäter Franz von Papen, Hugenberg, Schacht, Stinnes und Hindenburg spielten. Hindenburg hat seinen Eid, den er als Reichspräsident leistete, gleich mehrfach gebrochen. Nicht unerwähnt bleiben darf auch die verhäng-

nisvolle Rolle, die damals große Teile der deutschen Schwerindustrie spielten, die durch ihre finanzielle Unterstützung für Hitler seiner finanziell schon bankrotten Partei aufwendige Wahlkämpfe ermöglichte. Auch die Siegermächte des 2. Weltkrieges, mit Ausnahme der USA, die den Diktatfrieden von Versailles nicht ratifizierten, haben durch Versailles den drei demokratischen Parteien - SPD, Zentrum und DDP - die voll für die Weimarer Republik eintraten, erheblichen Schaden zugefügt. Nicht umsonst sind manche Historiker der Ansicht, daß Versailles Hitler erst den nötigen Rückenwind gegeben hat.

Dieser Beweis ist auch leicht erbracht, denn bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 bekamen SPD, Zentrum und DDP insgesamt über 75% der Stimmen. Fünf Monate später, nachdem nur sie Versailles ratifizierten, sank ihr Stimmenanteil auf weniger als 47,8%. Auch bei den nachfolgenden Wahlen haben sie nie wieder eine absolute Mehrheit erreicht.

Alle diese Aufzeichnungen beweisen, unter welchen schwierigen Bedingungen - im Gegensatz zu denen nach 1945 - wir damals unseren Kampf für den Erhalt der Weimarer Republik und für Freiheit und Gerechtigkeit führen mußten. Doch wie heißt es im Sprichwort: Viele Hunde sind des Hasen Tod.

Hans Bonkas

Bundesgeschäftsführer Walter Genders ist tot.

Er verstarb am 18.11.1998 im Alter von 75 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit. Walter Genders war zugleich der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für die Angelegenheiten der Schwerbehinderten in der Landesregierung. Er war Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse und des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Träger des Hessischen Verdienstordens.

Ich habe Walter Genders vor 25 Jahren kennen gelernt. Gemeinsam haben wir die Betriebsgruppe der ÖTV, Abtlg. Justiz bei den Frankfurter Justizbehörden aufgebaut und ihre Mitgliederzahl von anfangs 30 auf weit über 500 gesteigert. Schon damals habe ich sein Eintreten für die sozial Schwachen, für die Behinderten und für Freiheit und Gerechtigkeit schätzen gelernt. Vor fünf Jahren bat ich Walter Genders, bei uns den freigewordenen Posten eines Bundesgeschäftsführers zu übernehmen. Er sagte mir sofort zu, denn er unterstützte voll unseren Kampf für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Von dieser Zeit an trafen wir uns wöchentlich, um gemeinsam zu beraten, wie wir die Arbeit des Reichsbanners noch effektiver gestalten können. Walter Genders hat sich ganz besonders auf den 75. Gründungstag des Reichsbanners gefreut, den wir am 24.2.99 im Landtag in Magdeburg mit einer Ausstellung begehen werden. Das zu erleben, war ihm nicht mehr vergönnt.

Das Reichsbanner hat seinen Bundesgeschäftsführer verloren und ich persönlich meinen guten Freund.

Wir alle werden Walter Genders ein ehrendes Andenken bewahren.

Hans Bonkas

Bundesversammlung

Unsere Bundesversammlung mit der Neuwahl des Vorstandes findet am 23.2.1999 im Rathaussaal in Magdeburg statt. Beginn: 14.00 Uhr. Die Delegierten erhalten die Einladung bis 23.1.1999.

Hans Bonkas

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V., Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

Erscheint seit 1924

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

**Flughafen
Frankfurt Main**

Service zwischen Himmel und Erde